



TERMINSACHE

Keine Hostess mehr auf der Kühlerhaube

Für manche Internet-Portale waren sie in der Vergangenheit beinahe so wichtig wie die Neuheiten auf den Automessen: aufreizende Hostessen, die spärlich bekleidet vor, in oder auf Autos posierten. Das brachte Klicks. Damit soll auf der Automesse in Schanghai im April Schluss sein. „Firmen sollten sich auf die Qualität ihrer Produkte und Technologie konzentrieren“, maßregelte der Messeveranstalter am Mittwoch die Hersteller.

Die aber halten sich auf den vielen Messen weltweit auch ohne Aufforderung schon lange daran. Allein in China, so hieß es von deren Seite oft hinter vorgehaltener Hand, erwarte das Publikum, dass es etwas offenerhergeher zugehe als im pruden Detroit zur Auto-Show oder in Frankfurt zur IAA. Für diejenigen, für die Autos und aufreizende Hostessen zusammengehören, bleiben künftig somit wohl nur noch diverse Tuning-Messen in der Provinz. *scc*

Eon findet Käufer in Lettland

OSLO. Der Energiekonzern Eon hat nach Angaben der lettischen Regierung einen Käufer für seine Beteiligung an dem heimischen Versorger Latvijas Gaze gefunden. Die Regierung sei mit der Lösung einverstanden, sagte Ministerpräsidentin Laimdota Straujuma am Mittwoch. Den Namen des Käufers nannte sie nicht. Eon lehnte eine Stellungnahme ab. Der Düsseldorfer Konzern hält 47,2 Prozent an dem Unternehmen.

Die lettische Regierung hätte erwogen, den Anteil selbst zu übernehmen. Sie hatte jedoch davon Abstand genommen, da Eon mehr als 200 Millionen Euro für das Paket verlangt habe. An Latvijas Gaze ist auch der russische Gazprom-Konzern beteiligt. Die Rheinländer haben sich in den vergangenen Jahren von milliardenschweren Beteiligungen getrennt, um die klapprige Konzernkasse zu füllen. Den auch wegen der Energiewende schwächelnden Versorger drücken Schulden von 31 Milliarden Euro.

Der Eon-Aktie gab die Nachricht keinen Aufwind. Die Titel notierten am späten Mittwochnachmittag rund ein Prozent unter dem Vortageswert, während der Dax leicht im Plus lag. Reuters

Das 100-Millionen-Euro-

Die Insolvenz von Teldafax kommt nun auch den Fiskus teuer zu stehen. Weil die Behörden zusahen, wie der Stromanbieter Richtung Pleite rauschte, setzt der Insolvenzverwalter nun hohe Rückforderungen durch.

- Hauptzollamt trägt Mitschuld an Insolvenz.
- Gläubiger können wieder hoffen.

Jürgen Flauger, Sönke Iwersen
Düsseldorf

Insolvenzverwalter Biner Bähr kam kaum durch die Tür, als er am 14. Juni 2011 versuchte, sich einen ersten Überblick bei Teldafax zu verschaffen. Hunderte Postkisten stapelten sich in den Fluren. Auf den Schreibtischen türmten sich meterhoch ungelesene Faxes. Der Kassenbestand lag bei null. Drei Tage später schaltete Bähr den Betrieb ab. Zurück blieben 500 Millionen Euro Schulden und 750 000 Gläubiger.

Heute, vier Jahre später, muss sich die ehemalige Führung von Teldafax wegen Insolvenzverschleppung vor Gericht verantworten. Eine Geschäftsführerin hat bereits einen Strafbefehl akzeptiert, ein Vorstand ein Geständnis abgelegt.

Doch die strafrechtliche Aufarbeitung ist nur die eine Seite. Es müssen sich auch diejenigen verantworten, die eine Mitschuld an dem Desaster trugen, weil sie es zuließen. Allen voran: das Bundesfinanzministerium.

Über 100 Millionen Euro zahlte der Bund an den Teldafax-Insolvenzverwalter. Dies erfuhr das Handelsblatt aus Kreisen der Steuerbehörden. 25 Millionen Euro flossen schon vor zwei Jahren, der Rest vor einigen Wochen. Es ist die größte je bekannt gewordene Summe, die der Bund für einen solchen Fall aufbringen musste. Der Grund: Noch nie haben deutsche Beamte so mutwillig bei einer Insolvenzverschleppung zugehört.

Es war am 4. Juni 2009, als das Hauptzollamt als zuständige Finanzbehörde einen Stromsteuerbescheid verschickte. Teldafax sollte binnen drei Wochen die 18,8 Millionen Euro zahlen, die als Stromsteuern für 2008 noch ausstanden. Es begann eine dramatische Korrespondenz.

Teldafax konnte weder in drei Wochen 18 Millionen Euro zahlen noch überhaupt. Als das Zollamt am 29. Juli 2009 eine gründliche Prüfung veranlasste, wurde der Schrecken nur größer. Wenn das Amt seine Ansprüche einfordere, hieß es im Prüfbericht vom 1. Oktober 2009, „würde die Berichtsfirma illiquide und müsste nach Prüferansicht einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellen“. Im Übrigen sei Tel-

ein Schneeballsystem. Es konnte nur existieren, weil alte Rechnungen mit der Vorkasse neuer Kunden bezahlt wurden. Doch wegen seiner Dumpingpreise und der fürstlichen Gehälter für die Manager verbrannte der Stromanbieter das Geld schneller, als es von den Kunden einsammelte. Im Oktober 2009 war Teldafax blank. Es konnte weder die 18,8 Millionen Euro Stromsteuer aus 2008 bezahlen, noch die für das erste Halbjahr 2009 anstehende Stromsteuer von 28,3 Millionen.

Das Problem Teldafax, zeigten die Prüfer, konnte mit der Zeit nur eines werden: schlimmer. Das war die Natur von Schneeballsystemen. Die unbezahlbaren Rechnungen wurden immer größer, je länger der Schneeball den Abhang hinunterrollte. Je länger man zuschaute, desto größer musste der Schaden sein, den Teldafax beim Aufprall unten im Tal anrichten würde.

Der Prüfbericht des Zollamts hätte eigentlich das Ende von Teldafax sein müssen. Die Beamten hatten Teldafax durchschaut; das System entlarvt. Doch nun geschah etwas Eigentümliches: Die Beamten warteten.

Schon am 11. Juni 2009 hatte Teldafax einen Stundungsantrag beim Zollamt gestellt. Die Behörde antwortete nicht. Stattdessen ließ sie sich in der Zeit danach immer genauer informieren. Monat für Monat rief sie bei Teldafax Zahlen ab: die der Neukunden, die Menge des von den alten Kunden bezogenen Stroms, die Strombezugskosten von Teldafax und die Eigenkapitalentwicklung des Unternehmens. Kein anderer Außenstehender wusste so gut über Teldafax Bescheid wie das Hauptzollamt.



Durchsuchung bei Teldafax: 500 Millionen Euro Schulden und 750 000 Gläubiger.

Das kommt die Steuerzahler nun teuer zu stehen. Denn mit all ihrem Wissen sahen die Beamten einfach zu, wie Teldafax im Sommer 2010 seine letzte Kamikaze-Aktion begann. Nun wurde der Strom noch billiger verkauft - mit noch höheren Verlusten. Die Kunden rannten Teldafax die Türen ein - und brachten Vorkasse mit. Teldafax leitete das Geld, mit dem es Strom einkaufen sollte, an das Hauptzollamt weiter. So flossen allein im September 2010 innerhalb von drei Tagen mehr als 25 Millionen Euro an die Behörde für Stromsteuerschulden aus den Jahren 2008 und 2009.

Und so kam es, wie es kommen musste. Anfang 2011 begannen die Netzbetreiber, Teldafax abzuschalten. Am 12. April 2011 entzog das Zollamt Teldafax die Erlaubnis zur Stromversorgung.

Teldafax: Ein Skandal in Zahlen

750 000

geprüften Insolvenzforderungen gegen Teldafax

1000

Emails pro Tag gingen beim Insolvenzverwalter Biner Bähr ein

1,2 Mio. €

Kosten für ein einziges Anschreiben an alle Gläubiger von Teldafax

8000 bis 10000

Anrufe von wütenden Kunden verzeichnete das Call-Center

3

Vorstandsvorsitzende hatte Teldafax in den letzten drei Monaten vor der Insolvenz

Preis, zu dem Aufsichtsrat Michael Josten Teldafax 2009 an den russischen Konzern Gazprom verkaufen will:

315 Mio. €

18,8 Mio. €

Höhe der Stromsteuern, die Teldafax schon 2008 schuldet

1

Tag bevor er einen Insolvenzantrag stellen kann, wird Finanzvorstand Alireza Assadi am 27. 10. 2009 vom Teldafax-Aufsichtsrat abgerufen

20 bis 40

Kisten Post, eingang täglich blieben unbeantwortet

8000

Briefe gingen täglich beim Insolvenzverwalter ein

500 Mio. €

Forderungen von Gläubigern gegen Teldafax

200 Mio. €

Fordert der Teldafax-Insolvenzverwalter von Netzbetreibern zurück

500 000

Bisher geprüften Insolvenzforderungen gegen Teldafax:

500 000

Nettolohn durchschnittlich, bezog ein Teldafax-Vorstandsmitglied

17 000 €

Mal weist die Rechtsanwaltskanzlei Flick Glocke Schaumburg zwischen Oktober 2010 und Januar 2011 die Teldafax-Vorstände darauf hin, dass sie Insolvenz anmelden müssen

4

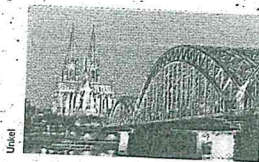
Versenkte der russische Energiekonzern Energo Stream mit Teldafax-Darlehen

101 Mio. €

100 Mio. €

Musste der Bund an den Insolvenzverwalter von Teldafax zurückzahlen

Handelsblatt Quelle: eigene Recherche



Heilige Schätze
Als erstes Bistum legt
Köln seine HGB-Bilanz
vor. Andere Diözesen
wollen folgen. **Seite 18**



Heiliges Blech
Rolls-Royce plant einen
Geländewagen für
Superreiche. Ein
Tabubruch. **Seite 24**

Versagen



BEISPIEL BAYER 04 GUTE CHANCEN

Forderung Hauptzollamt, Netzbetreiber, Ex-Manager - Insolvenzverwalter Biner Bähr versucht von vielen Stellen für die 700 000 betroffenen Kunden Gelder zurückzuzahlen. Das die Chancen gut stehen, zeigt das Beispiel Bayer 04.

Klage „Wechseln is'n Klax. Mit Teldafax!“ lautete der Spruch, mit dem Rudi Völler als Sportdirektor von Bayer Leverkusen ab 2007 für den Billiganbieter warb. Ab 2009 wusste der Verein um die Schieflage seines Trikotsponsors - und kassierte weiter. „Teldafax bleibt auf unserer Brust“, sagte Völler im Oktober 2010. Erst im Mai 2011 kündigte Bayer den Vertrag.

Urteil Im Oktober 2014 entschied das Landgericht Köln, der Verein müsse dem Insolvenzverwalter die 16 Millionen Euro zurückzahlen, die er seit Oktober 2009 erhielt. Leverkusen legte Berufung ein.

Es gehört zur Ironie der Teldafax-Geschichte, dass die Manager des Stromanbieters selbst das Todesurteil für ihr Unternehmen als minderschwere Grippe darstellten. Vorstandschef Hans-Gerd Höpftner gab noch am 23. April 2011 ein Interview in der „Welt am Sonntag“. Teldafax stehe „im Grunde nicht schlecht da“. Er sei dabei, „die notwendigen Dinge abzarbeiten“.

Vier Wochen später trat Höpftner zurück. Sein Nachfolger Gernot Koch schwindelte: „Die erste Hürde für den Neuanfang ist genommen. In den kommenden Wochen werden wir durch Taten überzeugen und wieder zu einem normalen Geschäftsalltag zurückkehren.“ Am 14. Juni 2011 stellte Koch einen Insolvenzantrag. Bei seinen Rückforderungen beruft sich der Verwalter von Teldafax auf das Insolvenzrecht. Es gestattet die Rückforderung aller Gelder, die ein insolventes Unternehmen noch auszahlt, nachdem bereits die Insolvenzreife eingetreten ist. Voraussetzung dafür ist, dass Gläubiger benachteiligt wurden, und auch, dass der Empfänger von der Schieflage wusste. „Diese Regelungen wurden geschaffen, um die gleichmäßige Befriedigung der Gläubiger sicherzustellen“, sagt Rainer Schaaf, Insolvenzrechtsexperte der Kanzlei Rödl & Partner. „Der Gesetzgeber wollte verhindern, dass im Vorfeld einer Insolvenz noch Gelder aus der Firma geschleust werden und die späteren

Gläubiger darunter leiden.“ Das Handelsblatt fragte im Ministerium von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble nach, wie häufig eine Finanzbehörde bei einem insolventen Unternehmen Forderungen eines Insolvenzverwalters erfüllen muss - und in welcher Höhe sich solche Forderungen bewegen. „Zu den von Ihnen gewünschten Angaben zur Insolvenzanfechtung werden in der Zollverwaltung und auch im Bundesministerium der Finanzen keine Statistiken geführt“, antwortete ein Ministeriumssprecher. „Die meisten Anfechtungen betreffen keine höheren Beträge, da sie sich nur auf die Zahlungen im letzten Monat oder eventuell noch in den drei letzten Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens beziehen.“

Bei Teldafax dagegen trieb das Hauptzollamt zwei Jahre lang Gelder von einem Unternehmen ein, um dessen Insolvenzreife es wusste. Die mehr als 100 Millionen Euro, die dieses Wissen den Bund nun kostet, dürften einen einsamen Rekord bedeuten. Für die Kunden von Teldafax ist dies ein kleiner Lichtblick. Viele von ihnen haben Strom im Voraus bezahlt, aber nie erhalten. Wegen der nachweisbaren Mitschuld des Hauptzollamtes Köln an der um zwei Jahre verzögerten Insolvenz werden sie zumindest einen Teil ihrer Kosten zurückgewinnen. Fest steht aber auch: Was die Kunden erhalten, geht den Steuerzahlern verloren.

STROMNETZBETREIBER

Eine ganze Branche steht vor Gericht

Insolvenzverwalter will über 200 Millionen Euro eintreiben.

DÜSSELDORF. Es ist das Urteil, das eine ganze Branche nervös macht. „Die Beklagte wusste, dass Zahlungsunfähigkeit vorlag und im Übrigen jedenfalls drohte“, heißt es in einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm vom 27. November 2014. „Die Beklagte hatte auch Kenntnis von der Benachteiligung anderer Gläubiger durch die Zahlung.“

Die „Beklagte“ - das ist ein Strom- und Gasnetzbetreiber aus der Region. Kläger ist der Insolvenzverwalter des 2011 zusammengebrochenen Stromanbieters Teldafax, Biner Bähr. Im vorliegenden Fall bekam er von den Richtern 73 150,14 Euro zugesprochen. Begründung: Der Netzbetreiber habe noch Strom und Gas von Teldafax durch seine Leitungen geleitet und dafür Geld kassiert, als er schon genügend Anzeichen für die Zahlungsunfähigkeit hatte. Nach dem Insolvenzrecht müssen solche Gelder zurückgezahlt werden, weil andere Gläubiger geschädigt werden.

Für Bähr ist das ein großer Erfolg. Denn Hamm soll kein Einzelfall bleiben. Der Insolvenzverwalter hat nach Informationen des

Handelsblatts bundesweit Hunderte Netzbetreiber verklagt - und versucht so, mehr als 200 Millionen Euro einzutreiben.

Die „Mehrzahl“ der deutschen Strom- und Gasnetzbetreiber habe „mit Hinblick auf die zum Jahresende ablaufenden Verjährungsfristen mittlerweile Anfech-

ten Stromtransport gewährleistet: Amprion, 50 Hertz, TransnetBW und Tennet bestätigen gegenüber dem Handelsblatt, dass sie Klagen erhalten haben: Bei Amprion, 50Hertz und Tennet geht es um „einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag“, bei TransnetBW um einen einstelligen. Allein bei den Übertragungsnetzbetreibern summiert sich die Forderung also auf deutlich über hundert Millionen Euro.

Hinzu kommen die Forderungen gegen regionale Netzbetreiber, die Bähr flächendeckend mit Klagen überzogen hat. Darunter sind neben vielen kleinen Firmen auch die Tochtergesellschaften der großen Konzerne.

Allein Eon bestätigte auf Anfrage, dass alle vier regionalen Netzgesellschaften - Avacon, Bayernwerk, E-dis und Hansetnet - mit Forderungen konfrontiert sind. Näher wollte sich ein Sprecher nicht äußern, weil es sich um ein schwebendes Verfahren handle. Allein in diesen Fällen soll sich die Forderung Bährs aber auf einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag belaufen.

Jürgen Flauger, Sönke, Iwersen

73150

Euro sprach das OLG Hamm dem Insolvenzverwalter zu. Insgesamt will er Millionen.

Urteil vom 27.11.2014

tungsschreiben des Insolvenzverwalters“ erhalten, heißt es in Branchenkreisen - und mehr als 1 000 solche Unternehmen gibt es. Dabei würden teilweise Einnahmen eines ganzen Jahres angefochten, heißt es.

Betroffen sind unter anderem alle vier großen Übertragungsnetzbetreiber, die den überregio-